

Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten

Valentin Domann und Henning Nuissl

1. Einleitung

Die Beschäftigung mit dem Populismus der radikalen Rechten hat mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) hierzulande rasant an Fahrt aufgenommen, doch auch sieben Jahre nach dem ersten großen Wahlerfolg, dem Einzug ins europäische Parlament, ist ein bedeutender Aspekt wissenschaftsseitig unterbelichtet: ihr Wirken in kommunalen Gremien, insbesondere in ländlichen Gemeinden und Kleinstädten. Auch wenn hierzu inzwischen einige empirische Beobachtungen vorliegen (Botsch/Schulze 2019; Hafenegger et al. 2018; Rütters 2017), bleibt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der AfD weitgehend auf deren landes- und bundespolitische Aktivitäten fokussiert. Dieser Umstand ist insofern verwunderlich, als lokaler Politik eine besondere Bedeutung für das lebensweltnahe Erlernen demokratischer Prozesse attestiert wird, weshalb sie als wichtiges Feld alltäglicher Vergesellschaftung(en) gilt: »Die örtlichen Verhältnisse gelten als *überschaubar*, die Problemlagen als noch *durchschaubar*, die Entscheidungsprozesse als unmittelbar *beeinflussbar* sowie Maßnahmen der Kommunalpolitik und Anwendungen des Kommunalrechts als persönlich *erfahrbar*« (Kost 2017: 33; Kursivierung d. Verf.).

Dieser Beitrag fragt daher nach den spezifischen Gelegenheitsstrukturen, die sich in der kleinstädtischen Demokratie für populistische Politik der radikalen Rechten bieten. Gelegenheitsstrukturen verstehen wir hier als gesellschaftlich eingelagerte Ressourcen, die sich rechte Akteur:innen zunutze machen können (vgl. Rydgren 2005: 417). Wir richten den Blick somit weniger auf die Akteur:innen selbst, sondern eher auf die politischen Arrangements, in denen sie sich bewegen.

Um die Gelegenheitsstrukturen näher zu bestimmen, die sich den Akteur:innen der radikalen Rechten auf lokaler Ebene eröffnen (oder auch verschließen), wird zunächst in die grundlegenden Prinzipien konkordanter Arrangements eingeführt, wie sie in vielen kleineren Gemeinden vorzufinden sind, bevor Erkenntnisse aus der international vergleichenden Forschung zu Populist:innen in konkordanten Demokratien aufbereitet werden. Daran anschließend werden

konkrete Beobachtungen aus der Praxis kommunaler Wahlkämpfe vorgestellt, die im Jahr 2019 in vier kleineren Fallstudiengemeinden angestellt wurden, bevor anschließend drei Faktoren identifiziert werden, die in konkordanten lokalen Settings entscheidend für die Herausbildung von Gelegenheitsstrukturen für populistisch radikal rechte Kräfte sind.

2. Kommunalpolitik als Arena populistischer Akteur:innen der radikalen Rechten

Der Aufstieg von Parteien der äußersten Rechten, der sich in der jüngeren Vergangenheit in zahlreichen Ländern vollzogen hat, ist untrennbar verbunden mit einer überaus »erfolgreichen« Verknüpfung von radikal rechten Positionen und populistischen Politikstrategien. Ihre zentralen Bestimmungsmerkmale sehen wir demnach darin, dass sie zum einen auf nationalistische, autoritäre und gruppenbezogen-menschenfeindliche Trägerideologien rekurriert und sich zum anderen durch eine forcierte Bestimmung von Gegner:innen in vertikaler (»die Elite«) und horizontaler bzw. territorialer (»die Anderen«) Richtung sowie einen Alleinvertretungsanspruch »des Volkes« auszeichnet (Brubaker 2017). Davon abgesehen beruht sie jedoch, wie jede Form des Populismus, auf einer nur »dünnen Ideologie«, was sie in die Lage versetzt, fallweise auch thematisch flexibel sowie innerhalb demokratisch verfasster Strukturen zu agieren (Mudde/Rovira Kaltwasser 2018: 1669f.).

Der Forschungsstand zu gegenwärtigen Erscheinungsformen des Populismus liefert ein hilfreiches analytisches Gerüst zum besseren Verständnis der hier im Fokus stehenden AfD-Politiken. Zugleich wird im deutschsprachigen Raum Rechtspopulismus oftmals als ein »Synonym für eine Art Rechtsextremismus ›light‹« verwendet (Mullis/Zschoke 2019: 4), was die zugrunde liegenden menschenfeindlichen Ideologien zu verharmlosen droht, weshalb wir die Strategien der Partei, im Einklang mit anglophoner Terminologie (vgl. Mudde 2007), als populistische Politik der radikalen Rechten ansprechen.

In kommunalen Politikfeldern steht sie vor der Herausforderung, ihre Positionsbestimmungen ins Lokale zu übersetzen bzw. dort anschlussfähig zu machen, wobei die skalare Dimension in zweierlei Hinsicht relevant wird: Einerseits werden in nationalen Debatten bezogene rechte Positionen für lokale Diskurse reartikuliert, andererseits eröffnen sich durch das multiskalare bundesdeutsche Ordnungsgefüge andere Optionen zur Bestimmung von Antagonist:innen (vgl. Domann/Nuissl 2022). Im Folgenden sollen die kommunalen politischen Arrangements näher beleuchtet werden, in die sich dies einbettet.

2.1 Kommunale politische Arrangements

Das kommunalpolitische Feld birgt einige Spezifika, derentwegen sich bewährte populistische Taktiken der radikalen Rechten auf nationaler Ebene, etwa das kampagnenhafte Auftreten, die Mobilisierung über soziale Netzwerke oder ihre Einbettung in eine metapolitisch¹ agierende Bewegung, nicht ohne Weiteres ins Lokale übertragen lassen. Als ausschlaggebend betrachten wir allem voran das Vorherrschen *konkordanzdemokratischer* politischer Arrangements in vielen, insbesondere kleineren Gemeinden im Gegensatz zur *konkurrenzdemokratischen* Prägung höherstufiger oder großstädtischer Politikarenen.

In der vergleichenden Regierungslehre ist die Unterscheidung zwischen Regierungsformen, die entweder auf Konsens, Beteiligung und Aushandlung oder auf Wettbewerb und Parteienkonkurrenz aufbauen, umfassend beschrieben worden (Lehmbruch 1967; Lijphart 1968). Für erstere sind im deutschsprachigen Raum Begriffe wie Konkordanz-, Verhandlungs-, Konsens(us)- oder auch Proporzdemokratie gängig, während für den zweiten Typus insbesondere die Begriffe Konkurrenz- oder Mehrheitsdemokratie Verwendung finden. Hier setzt das Konzept von Lars Holtkamp an, das diese Überlegungen in die lokale Politikforschung übersetzt und einen »heuristischen Rahmen« (Holtkamp 2008) zur Erklärung der Unterschiede in den Entscheidungsstrukturen auf kommunaler Ebene aufspannt. Analog zu den beiden oben genannten Polen von Demokratietypen arbeitet Holtkamp zwei analytisch zugespitzte Extremtypen von kommunalen Entscheidungsstrukturen heraus. Auf der einen Seite stehen Gemeinden, die hauptsächlich nach *konkurrenzdemokratischen* Prinzipien operieren, die sich also durch eine Entscheidungsfindung durch politischen Wettbewerb, eine starke Präsenz der auf Bundesebene etablierten Bundesparteien sowie eine weniger einflussreiche Bürgermeister:innenposition auszeichnen. Die kommunale *Konkordanzdemokratie* hingegen ist »geprägt durch eine geringe Parteipolisierung von Rat und Bürgermeistern in der Nominierungs-, Wahlkampf-, Wahl- und Regierungsphase bei gleichzeitig starker Dominanz des Bürgermeisters« (ebd.: 8).

Ob sich kommunale Entscheidungsstrukturen eher in die eine oder die andere Richtung ausprägen, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab, allen voran der Kommunalverfassung des jeweiligen Bundeslandes. Sieht sie eine Direktwahl des Bürgermeister:innenamts vor, stattet sie dieses mit weitgehenden Kompetenzen aus und erlaubt sie bei der Kommunalwahl Kumulieren und Panaschieren von Stimmen, so werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit konkordanzdemo-

1 Als »Metapolitik« bezeichnen neurechte Akteur:innen eine Strategie, die auf eine rechte Wendung hegemonietheoretischer Überlegungen zurückgeht und postuliert, dass neurechte Leitideen im kulturellen bzw. »vorpolitischen« Raum langfristig zu normalisieren sind, damit die Bewegung gesellschaftliche Macht entfalten kann.

kratische Strukturen herausbilden (vgl. Bathge et al.: 2016). Neben anderen Erklärungsfaktoren wird häufig die Größe einer Gemeinde herangezogen – nach Bevölkerung und/oder nach Zahl der Sitze im Gemeindeparlament (vgl. Stecker 2017: 341). Dabei wird argumentiert, dass »in kleineren Kommunen größere soziale Nähe vorherrscht, was wiederum dazu führt, dass politische und auch soziale Konflikte vermieden werden, um persönliche Beziehungen nicht zu belasten«. Daneben besteht, so die allgemeine Annahme, in kleineren Gemeinden eine geringere gesellschaftliche Heterogenität, was das Konfliktpotential *per se* verringere (Sonnenmoser/Wuketich 2017: 318). Die Gemeindegröße hängt darüber hinaus eng mit einem weiteren Faktor zusammen, der häufig auch als Dreh- und Angelpunkt der Debatte um die unterschiedlichen Ausprägungen kommunaler Politikmuster verstanden wird: die Parteilichkeit der kommunalen Räte, verstanden als Bindungsstärke zwischen einem Ratsmitglied und dessen Partei. Diese sei in kleineren Gemeinden, wo gemessen an der Einwohner:innenzahl die Zahl der verfügbaren Mandate vergleichsweise groß und die Konkurrenz um diese Mandate dementsprechend weniger ausgeprägt ist, schwieriger zu erzeugen (Holtkamp/Bogumil 2016: 31f.). Hinzu kommt, dass, so zumindest die Argumentation, in kleinen Gemeinden Entscheidungsfragen weniger komplex ausfallen, weshalb dort auch der Mittlerfunktion von Parteien weniger Bedeutung zukomme (Stecker 2017: 324). Diese Beobachtung bettet sich ein in einen bereits länger anhaltenden Trend des Bedeutungsverlustes nationaler Parteien auf lokaler Ebene, der insbesondere in kleineren Gemeinden teils dramatisch verläuft (Vetter/Kuhn 2013: 35). Angesichts des somit attestierten Bedeutungszuwachses konkordanzdemokratischer Arrangements erscheint es notwendig, diese auch in Bezug auf rechte Geländegewinne in der Kommunalpolitik explizit in den Blick zu nehmen.

2.2 Konkordanzdemokratische Prinzipien: Nährboden für Populismus von rechts

Entscheidungsprozessen, die konkordanzdemokratisch geprägt sind, wird in der Literatur attestiert, als »Gelegenheitsfenster« für den Erfolg populistischer Parteien zu dienen (Frölich-Steffen 2006: 151). Bezugnehmend auf die nationalstaatliche Politikebene werden dabei vor allem drei Faktoren hervorgehoben, an denen populistische Mobilisierungsstrategien der radikalen Rechten ansetzen können. Erstens führt das Verhandlungsprimat, demzufolge möglichst viele gesellschaftliche Gruppen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen sind, zu einer gewissen *Undurchschaubarkeit des Regierens*. Unter den Deals und Paketlösungen, die breit aufgestellte Koalitionen erst handlungsfähig machen, leidet die Nachvollziehbarkeit von Politikprozessen (ebd.: 147). Die viel gelobte Regierungseffizienz konkordanter Strukturen basiert auf (oft informellen) Abstimmungsprozessen der Mandatsträger:innen, was zulasten ihrer Rückbindung an das Elektorat gehen kann:

»The growth of mechanisms of horizontal trust-building between élites – often under the protection of secrecy – is, in effect, particularly likely to lead to a deficit of vertical trust between citizens and élites« (Papadopoulos 2005: 79).

Zweitens können konkordanzdemokratische Strukturen mit *Repräsentationsproblemen* einhergehen. Einerseits führt die beständige Konsenssuche in der Regierungsphase dazu, dass meist auch in der Wahlkampfphase der Dissens bzw. die Parteilichkeit der zur Wahl stehenden Akteur:innen nur eingeschränkt präsentiert wird, was die Willensbildungs- und Rückkopplungsfunktion von Wahlen unterminiert (vgl. Katz/Mair 1995: 23). Neokorporatistische Arrangements in Form von informellen Abstimmungsprozessen mit Vertretungen bestimmter Interessensgruppen oder Minderheiten, die keinerlei Rechenschaft gegenüber dem Elektorat abzulegen haben, untergraben zudem die Vorstellung, dass Entscheidungsträger:innen auch in der Zeit zwischen den Wahlen demokratisch legitimiert sind (Papadopoulos 2005: 72-76).

Des Weiteren können konkordanzdemokratische Arrangements, drittens, auch zur programmatischen Annäherung und inhaltlichen *Konvergenz* der dominierenden Parteien bzw. politischen Kräfte führen. Denn auch Entscheidungsmodi, die eine größtmögliche Vielfalt an Interessen zu integrieren suchen, demarkieren Grenzen der Gesprächsbereitschaft. Die kategorische Mittezentrierung geht zwangsläufig mit einer Tendenz zur Exklusion von Positionen einher, die inkompatibel mit den hegemonial geteilten Vorstellungen erscheinen und die deshalb häufig als »extremistisch« gebrandmarkt werden (vgl. Bogaards 2020). Während so gewisse Barrieren gegenüber neuen politischen Kräften errichtet werden, bewirken auf der anderen Seite Anziehungskräfte eine Annäherung der bereits integrierten politischen Kräfte (Katz/Mair 1995: 23). Ein von populistischen Kräften von »außerhalb« vorgetragener Dissens mit der Regierungspolitik enthält damit eine disruptive Komponente, die als Fundamentalkritik an den »gemütlichen Arrangements« der Herrschenden geäußert und rasch populär werden kann (ebd.: 24). Die Tendenz konkordanzdemokratischer Diskurse, »nach außen« exkludierend zu wirken und »nach innen« Konvergenzkräfte zu entfalten, zeigt, dass die Markierung von politischen Positionen als extremistisch oder auch populistisch nicht zwangsläufig entlang von inhaltlichen Aspekten oder gar wissenschaftlich fundierten Kategorien erfolgt, sondern auch ein Aspekt von Herrschaftssicherung ist.

Konkordante politische Arrangements eröffnen allerdings nicht nur die skizzierten Gelegenheitsstrukturen für populistische Parteien; aufgrund ihrer Integrationskraft sind sie oft auch Projektionsfläche für die Hoffnung, die Opposition durch Einbindung in Regierungshandeln zu »neutralisieren« (Papadopoulos 2005: 81). Allerdings zeigt etwa das Schweizer Beispiel der SVP der 1990er- und 2000er-Jahre, dass Populist:innen der radikalen Rechten gerade in einem poli-

tischen Kontext, der von einem hohen Grad an Integration verschiedener Kräfte geprägt ist, in der Lage sind, beide Bühnen zu bespielen, ohne sich dabei einer gleichsam ›gemäßigten‹ Konsensposition anzunähern (Skenderovic/D'Amato 2008: 220).

Die skizzierten Gelegenheitsstrukturen in konkordanzdemokratischen Arrangements, auf die der Populismus der radikalen Rechten trifft, werden zu meist für die nationale Ebene beschrieben und können nicht ohne Weiteres ins Lokale übersetzt werden. Holtkamp arbeitet einige Strukturunterschiede zwischen nationalen und lokalen Politikarenen heraus (Holtkamp 2008: 86). Für die hier behandelte Thematik scheint dabei insbesondere relevant, dass in konkordanten kommunalpolitischen Arrangements die exekutive Weisungsmacht von Bürgermeister:innen ebenso wie persönliche Netzwerke eine viel wichtigere Rolle spielen, während die Bedeutung von Parteien und Fraktionen vergleichsweise geringer ist. Wie sich diese Strukturunterschiede mit Blick auf die identifizierten populistischen Gelegenheitsfenster in konkordanten politischen Arrangements genau darstellen, wird in den folgenden Kapiteln diskutiert.

3. Beobachtungen aus der Praxis

3.1 Kommunalen Wahlkampf als ›Fokussituation‹

Das empirische Material, auf dem dieser Beitrag beruht, stammt aus einer Untersuchung rechtspopulistischer Interventionen in der Kommunalpolitik, die in vier Fallstudiengemeinden – jeweils eine suburbane und eine ländliche Gemeinde in Baden-Württemberg und Brandenburg – durchgeführt wurde, die zwischen 5.000 und 15.000 Einwohner:innen haben. Die Erhebungen fanden in der ›heißen Phase‹ des Wahlkampfs zu den Kommunalwahlen im Mai 2019 statt (ausführlich: Domann et al. 2021: 10–17).² Im Folgenden stehen die Erkenntnisse im Mittelpunkt, die im Zuge der Auswertung von Parteiprogrammen und weiteren Wahlkampfmaterialien der in den vier Fallstudiengemeinden jeweils relevanten Parteien und Wähler:innengemeinschaften gewonnen wurden. Dieser Zugang über die lokale Wahlprogrammatische, den »blinden Fleck« der Kommunalpolitikforschung (Gross/Jankowski 2020), ermöglicht Einblicke in die kommunalpolitischen Strategien der verschiedenen politischen Gruppierungen sowie in die Positionierung der einzelnen Kandidat:innen zueinander und zu lokalen Streitthemen. Zu den vier Fallstudiengemeinden wurden außerdem eine Presseanalyse

2 Das Forschungsprojekt »Jenseits von Metropolen – Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft« wurde im Auftrag des vhw Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. durchgeführt. Die Verfasser bedanken sich herzlich für die Unterstützung.

der regionalen Tageszeitungen sowie insgesamt 58 Interviews mit Personen vor Ort, sog. »Localists« (Personen, die sich durch ein hohes Maß an Involviertheit vor Ort auszeichnen, aber kein kommunalpolitisches Mandat innehaben oder anstreben), durchgeführt.

Die untersuchten Gemeinden eignen sich zur Analyse populistischer radikaler rechter Kräfte in konkordanten kleinstädtischen Settings, da die beiden Bundesländer, in denen sie liegen, Kommunalverfassungen haben, die im deutschlandweiten Vergleich als konkordanzdemokratisch geprägt einzuordnen sind. Baden-Württemberg gilt hier in Deutschland gemeinhin gar als Prototyp, aber auch der brandenburgischen Kommunalverfassung (sowie allen ostdeutschen Bundesländern) wird attestiert, konkordante Arrangements in besonderem Maße zu begünstigen (Holtkamp/Bogumil 2016: 30). Ferner erweisen sich bei den Kommunalwahlen in den vier Fallstudiengemeinden die örtlichen Wähler:innengemeinschaften regelmäßig als sehr stark; 2019 bewegte sich deren Stimmenanteil hier zwischen 19 % und 62 % (Domann et al. 2021: 14). Daneben spielt die Inszenierung von Persönlichkeiten in allen Fallstudiengemeinden eine große Rolle im Wahlkampf, was (im Gegensatz zu parteidominierten Wahlkämpfen) ebenfalls auf eher konkordanzdemokratische Strukturen hinweist.

Bei aller Vergleichbarkeit der vier untersuchten Gemeinden erwies sich in unserer Analyse die konkordanzdemokratische Prägung der politischen Arrangements in den beiden brandenburgischen Fallstudien – mit Blick auf die Rolle von Wähler:innengemeinschaften, Bürgermeister:innen und anderen Persönlichkeiten des lokalen öffentlichen Lebens – als insgesamt etwas schwächer als in den baden-württembergischen. Dies könnte daran liegen, dass die Konkurrenzsituation zwischen politischen Akteur:innen im Wahlkampf umso ausgeprägter ist, je »enger« das Rennen ausfällt – und dies war insbesondere in den brandenburgischen, weniger in den baden-württembergischen Fallstudiengemeinden der Fall. Hinzu kommt, dass den Parteien SPD und LINKE, die in den brandenburgischen Gemeinden deutlich stärker sind, in der Literatur auch auf lokaler Ebene stärker konkurrenzdemokratische Strategien bescheinigt werden als anderen Parteien (Bathge et al., 2016: 187). Einen ähnlichen Effekt dürfte zudem auch die starke Präsenz der AfD in Brandenburg haben. Darüber hinaus wird in einer der brandenburgischen Fallstudien von persönlichen Animositäten zwischen einer der am Ort agierenden kommunalen Wähler:innengemeinschaften und dem Bürgermeister berichtet, was eine konsensbasierte Entscheidungsfindung im Rat erheblich erschwert.

3.2 Persönlichkeiten im Wahlkampf

Die in den vier Fallstudiengemeinden beobachteten Wahlkämpfe zeichnen sich durch eine ausgeprägte Personenzentrierung aus. Die um Wähler:innenstimmen konkurrierenden Parteien und Wähler:innengemeinschaften setzen fast durchweg sehr stark auf die Inszenierung der jeweiligen Kandidat:innen, ihrer Persönlichkeit und ihres Charakters. Mit einer Ausnahme verzichtet lediglich die AfD in den beiden Gemeinden in Baden-Württemberg weitgehend auf einen personenzentrierten Wahlkampf, wohingegen die Werbung der Partei in den beiden brandenburgischen Gemeinden ihre Kandidat:innen vergleichsweise stark in den Fokus rückt. Ersteres deckt sich mit der Beobachtung, dass die Wähler:innen der AfD, ebenso wie diejenigen anderer rechtsradikaler Parteien, eine stärkere Parteiorientierung aufweisen (Nyhuis 2016: 665). Dass dies in Brandenburg anders ist, dass der Kommunalwahlkampf der AfD dort in hohem Maße personenzentriert ist, kann einerseits daran liegen, dass deren Kandidat:innen zum Teil bereits über Arbeitserfahrung in den kommunalen Gremien verfügen, die sie zuvor auf dem ›Ticket‹ kleinerer (teils rechtsradikaler) Wähler:innenlisten sammeln konnten. Andererseits sprechen die insgesamt höheren Stimmanteile der Partei dafür, dass die öffentliche Kandidatur hier mit weniger sozialen Kosten verbunden ist als im Südwesten der Republik, wofür sich auch in den in den Fallstudiengemeinden geführten Interviews eine Reihe von Hinweisen finden.

Eine besondere Rolle in der Wahlentscheidung spielt zudem die Zugehörigkeit zu angesehenen Berufsgruppen sowie die Verbundenheit zum Ort, bestenfalls qua Geburt, wie in einem Interview berichtet wird: »Die vielen Zugezogenen [...] haben in der Kommunalpolitik wenig Chancen, gewählt zu werden« (BBL_01). Auch die Beziehung zum jeweiligen Bürgermeister (in allen Fallstudien männlich besetzt) ist offenbar von erheblicher Bedeutung für die Glaubwürdigkeit von Kandidat:innen. Aufgrund ihrer meist langjährigen Amtszeit, aber auch ihrer direkten Wahl, gelten die Bürgermeister in allen vier Fallstudien als gleichsam moralische Instanz, weshalb Kandidat:innen, die als (menschlich) nicht kompatibel mit ihnen erscheinen, in den Interviews geringere Erfolgsaussichten für die Umsetzung der von ihnen vertretenen Belange attestiert werden. Fallstudienübergreifend ließ sich ferner feststellen, dass die Erfolgsaussichten der Kommunalwahlkandidat:innen sehr viel stärker als von deren Parteizugehörigkeit davon bestimmt waren, ob ihnen zugeschrieben wurde, bereits etwas für den Ort geleistet zu haben.

Die für Wahlkämpfe in konkordanzdemokratischen Settings typische Betonung der Persönlichkeit, der Biographie und des Charakters der Kandidat:innen, welche die Parteizugehörigkeit in den Hintergrund treten lässt, erweist sich bezüglich der Erfolgsaussichten der populistischen radikalen Rechten als ausgesprochen ambivalent. Denn einerseits ergeben sich starke Beharrungskräfte

zugunsten einer personellen Kontinuität: Wer sich um die Gemeinde bereits verdient gemacht hat, besitzt einen deutlichen Startvorteil gegenüber Akteur:innen, die neu in die lokale Politikarena eintreten. Andererseits öffnen sich aber auch Türen, sobald Parteien der radikalen Rechten Kandidat:innen in ihre Parteistrukturen (vertikal) einbinden können, die zugleich (horizontal) vor Ort gut vernetzt sind. In den beiden brandenburgischen Fallstudien sind solche Kandidat:innen für die AfD aktiv, die ihren Einsatz vor Ort entweder über ihr Engagement im Sportverein oder ihre langjährige Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung (unter anderer Fraktionszugehörigkeit) nachweisen können. Dass die Partei hier Kandidat:innen aufstellen kann, die über eine gewisse Reputation vor Ort verfügen, mag dazu führen, dass Wähler:innen sie nicht nur *wegen*, sondern teils auch *trotz* der radikal rechten Inhalte, für die die von ihnen repräsentierte Partei steht, unterstützen.

3.3 Wahlkampfthemen

Mit Blick auf die jeweils verhandelten politischen Inhalte zeigt sich in allen analysierten Kommunalwahlkämpfen dreierlei. *Erstens* gibt es in jedem Ort ein Thema, das von so zentraler Bedeutung ist, dass dessen Behandlung im Wahlkampf für alle Kandidat:innen offenbar unumgänglich ist. Während dies beispielsweise in einer suburbanen Gemeinde der Durchgangsverkehr ist, übernimmt in einer der ländlich gelegenen Fallstudien der demographische Wandel die Funktion eines solchen Fokusthemas. *Zweitens* deutet die Art und Weise, wie die vor Ort aktiven Parteien und Wähler:innengemeinschaften diese Fokusthemen ansprechen, in allen Fallstudien auf eine eher geringe parteipolitische Integration der lokalen Vertreter:innen hin: Handlungsvorschläge orientieren sich nur selten an der Parteiprogrammatik und lassen meist tatsächlich eine starke Sachorientierung erkennen. *Drittens* zeigt sich bei den meisten Themen, zu denen sich alle relevanten politischen Akteur:innen positionieren (und die somit eine Möglichkeit bieten, politische Gruppierungen und Kandidat:innen unmittelbar miteinander zu vergleichen), eine deutliche Tendenz zur Konvergenz der Standpunkte. Dies betrifft etwa den Schutz der lokalen Umwelt oder die Förderung des lokalen Ehrenamtes. Es gibt allerdings auch Themen, über die – nicht zuletzt in Detailfragen – heftig gestritten wird, sodass die Kandidat:innen in eine deutliche Konkurrenz zueinander treten. Diesbezüglich stechen insbesondere die Themen Verkehr und Klimaschutz hervor. So ist in jeder Fallstudiengemeinde das »thematische« Potential dafür gegeben, dass die Bewerber:innen um kommunalpolitische Mandate inhaltliche Gegensätze artikulieren und sich voneinander abheben. Gleichwohl erweist sich das Gros der im Wahlkampf formulierten programmatischen Positionen und Vorschläge als sachbezogen und eher wenig konfliktträchtig; auch

lässt sich nicht beobachten, dass (scheinbare) Konflikte inszeniert werden, um das eigene Profil herauszustellen.

Für radikal rechte Parteien wie die AfD lässt sich aus diesen Beobachtungen ableiten, dass eine sachbezogene Wahlkampfstrategie Chancen zur Mitwirkung in den politischen Debatten vor Ort eröffnet. Durch die meist nur schwach ausgeprägte vertikale Integration der anderen Parteien und Wähler:innengemeinschaften büßt allerdings auch die für die populistische Rhetorik der radikalen Rechten zentrale Figur der »Altparteien« an Prägnanz ein. Auch die teilweise beobachtete thematische Konvergenz im Wahlkampf deutet darauf hin, dass die Ausgangssituation für populistische radikal rechte Akteur:innen in konkordanzdemokratischen lokalen Settings als ambivalent zu beurteilen ist. Im Allgemeinen wird angenommen, dass eine programmatische Annäherung der in kommunalen Politikarenen dominierenden Kräfte Gelegenheitsstrukturen für neue politische Ausdrucksformen und Ideen eröffnet und damit einer Partei wie der AfD in die Hände spielt. Aber die in den Fallstudien geführten Interviews zeigen, dass populistische Interventionen von rechts auch recht schnell Gefahr laufen, als Beschäftigung mit abseitigen Themen oder als Störung der kommunalpolitischen Harmonie und der damit verbundenen Effizienz von Entscheidungsabläufen wahrgenommen zu werden.

4. Gelegenheitsstrukturen

Die in unseren vier Fallstudien angestellten Beobachtungen sollen im Folgenden nun zu drei Faktoren konkordanzdemokratischer kleinstädtischer Gelegenheitsstrukturen verdichtet werden, die uns für die Bewertung rechter lokalpolitischer Strategien relevant erscheinen: erstens horizontaler Korporatismus, zweitens vertikale Politikverflechtungen und drittens Verhandlungsprimat als Konfliktlösungsstrategie. Dabei wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, welches Potential zur Bestimmung von Gegner:innen sich mit diesen Faktoren verbindet, da die Definition von Antagonist:innen für die populistische radikale Rechte von zentraler Bedeutung ist.

4.1 Korporatismus und die Kritik an der lokalen Elite

In den im Rahmen der vier Fallstudien durchgeführten Interviews kommt vielfach eine große Wertschätzung der konkordanzdemokratischen Prägung der Kommunalpolitik zum Ausdruck. So wird positiv hervorgehoben, dass die Entscheidungsfindung zu kommunalen Belangen meist in Abstimmung mit Vertreter:innen unterschiedlicher lokaler Gruppen, insbesondere der ansässigen Vereine, stattfindet. Andererseits wird das »Einbindungsprimat« zum Teil auch als

intransparent wahrgenommen, insbesondere wenn es um Verbindungen von Teilen der lokalen Wirtschaft ins Rathaus geht. In den baden-württembergischen Fallstudien werden in diesem Zusammenhang beispielsweise das Winzer- und das Baugewerbe hervorgehoben. Die Informalität, die den Kontakten zwischen Repräsentant:innen der lokalen Politik und der lokalen Wirtschaft wohl zwangsläufig anhaftet, wird in vielen Interviews als Demokratiedefizit identifiziert.

Die informellen Strukturen rings um die lokale Elite, die in den Fallstudien erkennbar werden, schaffen tendenziell eine günstige Gelegenheitsstruktur für vertikale Bestimmungen von Gegner:innen im Lokalen. Wie ein Interviewter treffend bemerkt, ist es für Populist:innen »natürlich relativ einfach [...] zu behaupten, dass in so einem kleinen Ort eine Klüngelwirtschaft vorhanden ist und dass nicht objektiv demokratisch entschieden oder verteilt wird« (BBl_09). Hinzu kommt, dass insbesondere in Baden-Württemberg das Bürgermeister:innenamt mit so weitgehenden Kompetenzen ausgestattet ist, dass von »lokalen Präsidenten« oder »Ortskönigen« gesprochen wird (Ruf et al. 2019: 241), was der Kritik an einem undurchsichtigen Netz rund um das Zentrum der lokalen Macht Vorschub leistet. In den Fallstudien zeigt sich allerdings, dass diese Gelegenheit seitens der AfD kaum genutzt wird. Die Interpretation liegt nahe, dass dies dem Image der vier Bürgermeister geschuldet ist, die in allen vier Orten positiv als »Macher« wahrgenommen werden. Allzu offene Kritik an den Gemeindeoberhäuptern droht daher negativ auf diejenigen zurückzufallen, die diese Kritik äußern.

Das Vorhandensein eines ausgeprägten kommunalpolitischen Korporatismus ist nicht zuletzt ein zentrales Motiv für die Gründung kommunaler Wähler:innengemeinschaften, die oft auch als lokale Anti-Establishment-Parteien beschrieben werden. Deren Präsenz in den Fallstudiengemeinden gilt uns als Indiz dafür, dass die Rolle der institutionalisierten Kritik am örtlichen »Klüngel« bereits besetzt ist. So wird es auch in einem Interview beschrieben: »[Die] freie Wählergemeinschaft mit Unabhängigen [...] ist eine Möglichkeit, sich kritisch einzubringen und [führt dazu, dass] die AfD da nicht Fuß fassen kann« (BBs_22). In die gleiche Richtung weist auch eine Studie zu Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt, die beobachtet, dass dort, wo Wähler:innengemeinschaften langfristig dominant sind, AfD-Kandidat:innen seltener antreten, wohingegen dort, wo die AfD Kandidat:innen aufstellt, die kommunalen Wähler:innengemeinschaften signifikant an Zustimmung einbüßen (Jankowski et al. 2022). Lokale Wähler:innengemeinschaften und radikale Rechte stehen demnach auf der kommunalen Politikebene in starker Konkurrenz zueinander; auf der anderen Seite können Wähler:innengemeinschaften aber auch ein nützliches organisatorisches Vehikel rechter Akteur:innen darstellen, um Zugang zu den kommunalen Gremien zu finden (Krapidel 2016).

4.2 Vertikale Verflechtungen und Kritik an Institutionen

In den Fallstudien konnten einige wenige Themen identifiziert werden, die beträchtliches Konfliktpotential bergen. Dabei trennen die Konfliktlinien nur selten mehr oder minder klar definierte Fraktionen innerhalb der lokalen Gesellschaft; häufiger verlaufen sie vertikal zwischen lokalen und überlokalen Interessenslagen oder zwischen unterschiedlichen Gemeinden. Dabei fällt es kommunalen Amtsträger:innen häufig schwer, die (begrenzten) Handlungsspielräume kommunaler Selbstverwaltung den Einwohner:innen gegenüber zu vermitteln. Daraus ergeben sich günstige Gelegenheiten für Populist:innen, sich selbst als Sprachrohr des (lokalen) Volkes gegen »von oben« eingetragene Entscheidungen zu inszenieren. In den Fallstudien lassen sich hierhingehend zahlreiche Versuche seitens der AfD finden, lokale Debatten und Problemlagen auf diese Weise zu instrumentalisieren – allen voran im Themenbereich Klimaschutz, beispielsweise indem die regionalplanerischen Festsetzungen von Standorten für Windkraftanlagen mit dem Verweis auf angenommene gesundheitliche Schäden für die lokale Bevölkerung kategorisch abgelehnt werden.

Doch auch in solchen Fällen bleibt die populistische Kritik nicht ohne Konkurrenz. Einerseits sind die kommunalen Wähler:innengemeinschaften mit ihrer traditionell ablehnenden Haltung gegenüber einer vertikalen Einbindung und ihrem bedingungslosen Eintreten für eine möglichst weitreichende kommunale Selbstverwaltung etablierte und lautstarke Kritiker:innen vertikaler institutioneller Arrangements, die sich über mehrere Skalenebenen erstrecken (Naumann 2012: 59f.). In einer der Fallstudiengemeinden prangern sie beispielsweise das Verwaltungshandeln im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenbaubeiträgen als »Spuk [...] aus dem Nichts« an (BBL_FW). Sie bedienen sich damit einer diskursiven Figur, die staatliche Instanzen zumindest latent als unberechenbar, unkontrollierbar und den Bürger:innen entrückt markiert. Andererseits stoßen die Bürgermeister der Fallstudiengemeinden vielfach ins gleiche Horn und vertreten die Interessen des Ortes mitunter sehr vehement gegenüber übergeordneten Gebietskörperschaften oder Nachbarkommunen, was die lokalen Printmedien gern als heroischen Kampf gegen einen übermächtigen Widersacher stilisieren. Beide, Wähler:innengemeinschaften und Bürgermeister:innen, werden maßgeblich durch die konkordanzdemokratischen Ausgangsbedingungen in die Lage versetzt, skalare Kritik zu üben. Denn die starke Präsenz kommunaler Wähler:innengemeinschaften, die einen gewissen Lokalismus pflegen, gilt ebenso als ein Kernelement konkordanzdemokratischer Arrangements wie die schwache vertikale Einbindung von Bürgermeister:innen in Parteistrukturen und deren daraus erwachsende Befähigung, mit einer gewissen Bestimmtheit gegenüber übergeordneten Verwaltungsebenen (und ohne Rücksicht auf Parteifreund:innen) aufzutreten.

4.3 Verhandlungsprimat und das Werden der lokalen Elite

In den Interviews, die in den Fallstudiengemeinden geführt wurden, erwies sich eine Einstellung als weit verbreitet, die für die Normalisierung von Positionen der radikalen Rechten von hoher Bedeutung ist: die positive Bewertung von Kompromissfindung, Synthese, Effizienz und Harmonie in den kommunalen Entscheidungsgremien, wie sie oft als »spezifische deutsche« Werthaltung im politischen Raum beschrieben wird (Sonnenmoser/Wuketich, 2017: 299). Analog zur Vorliebe für Kandidat:innen, deren Arbeit »Resultate« zeigt, sollen auch die Gemeindeverordneten, einmal gewählt, möglichst reibungsarm und effizient Lokalpolitik gestalten. Dementsprechend wird, selbst wenn die Interviewten sich in anderen politischen Lagern verorten, häufig die Ansicht vertreten, die AfD dürfe in den Gemeindegremien nicht ausgegrenzt werden. Die Interviewten wünschen sich recht einhellig sach- und ergebnisorientierte Lokalpolitiker:innen und sehen neue Ratsmitglieder diesbezüglich in einer »Bringschuld«. Dementsprechend scheint für den langfristigen Erfolg von radikal rechten Populist:innen in konkordanzdemokratischen kleinstädtischen Settings die Frage entscheidend zu sein, inwieweit sie die Gelegenheit haben, lokale Politik tatsächlich mitzugestalten. Wenn sie sich hier positiv hervortun, haben sie gute Chancen, dass über ihre ideologischen Positionen aufgrund ihrer effizienten Sachpolitik hinweggesehen wird; im Zuge einer (weiteren) Entpolitisierung von Lokalpolitik droht auf diesem Wege eine kommunalpolitische Etablierung radikal rechter Kräfte und eine Normalisierung der von ihnen repräsentierten Positionen.

Auf der Basis unserer Fallstudien lässt sich allerdings nicht abschätzen, wie »real« diese Gefahr ist, da die Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse innerhalb der Gemeindegremien nicht erfasst wurden. Es finden sich lediglich Hinweise darauf, dass die kommunalpolitische Akzeptanz der populistischen radikalen Rechten bislang (noch) nicht stark ausgeprägt ist. So geben in den beiden brandenburgischen Fallstudien, wo die AfD bereits seit Längerem Gemeinderatssitze innehat, viele Interviewte an, dass deren Fraktionsangehörige bisher kaum durch konstruktiven Gestaltungswillen aufgefallen sind.

Es lässt sich festhalten, dass die für eine Etablierung populistischer Akteur:innen der radikalen Rechten in konkordanzdemokratischen Settings tendenziell förderlichen Rahmenbedingungen gerade im Lokalen nicht gleichsam automatisch wirksam werden. Sofern es diesen Akteur:innen gelingt, ihre Doppelrolle als Opposition und verantwortungsvolle Gestaltungskraft aktiv und vor allem auch in den Augen ihrer Mitbürger:innen glaubwürdig zu repräsentieren, stehen ihnen auf kommunalpolitischer Ebene alle Möglichkeiten offen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass kleinstädtische Politikarenen noch viel stärker als Experimentierfeld für rechte Koalitionen und Strategien fungieren werden, als dies jetzt schon der Fall ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, sollte es der AfD

gelingen, in der Fläche politisch versiertes und ggf. auch erfahrenes Personal zu rekrutieren.

5. Fazit

Entgegen den Diagnosen, die konkordanzdemokratische Arrangements auf nationaler Ebene als günstige Gelegenheitsstrukturen für populistische Kräfte der radikalen Rechten identifizieren, fällt deren Bewertung im Lokalen deutlich ambivalenter aus. In unseren Fallstudien hat sich gezeigt, dass in lokalen Settings die Persönlichkeit der Kandidat:innen und eine gewisse Konvergenz der im politischen Raum zu spezifischen (lokalen) Fragen vertretenen Standpunkte unerlässlich sind. Beides erschwert eine ›Top-down-Logik‹ lokaler Wähler:innenmobilisierung (im Sinne einer Übertragung der im nationalen Rahmen erfolgreichen Strategien auf die kommunale Ebene) und lenkt damit den Fokus auf die ›internal supply-side‹, also auf Personal, Strategien und Strukturen innerhalb der jeweiligen Ortsverbände (Mudde 2007: 302). Sind sie in der Lage, Kandidat:innen zu rekrutieren, die über belastbare horizontale Netzwerke und gesellschaftliche Anerkennung verfügen, und schaffen sie es, plausible Kontrollgewinne gegenüber spezifischen lokalen Problemlagen in Aussicht zu stellen, zeigen sich konkordanzdemokratische Arrangements als vergleichsweise offene Settings für neue Kräfte. Sind die Ortsgruppen hierzu nicht in der Lage, verhindern die die lokalen Eliten begünstigenden Beharrungskräfte meist einen nennenswerten Erfolg der Kandidat:innen neuer Parteien.

Neben der insgesamt ambivalenten Einschätzung der Bedeutung konkordanzdemokratischer Settings in kleineren Orten auf die kommunalpolitischen Erfolgsaussichten neu auftretender Akteur:innen konnten drei Aspekte dieser Settings identifiziert werden, die direkt das Motiv der Bestimmung von Gegner:innen betreffen, das für populistische Politik der radikalen Rechten zentral ist. Diese Aspekte zeigen sich in kommunalen Politikarenen in besonderer, skalarer Weise: *Erstens* bietet ein meist recht ausgeprägter Korporatismus Ansatzpunkte für eine Diffamierung lokaler Eliten als intransparente ›Klüngel‹, die in der Regel jedoch nur in solchen Situationen (und dann in Konkurrenz zu kommunalen Wähler:innengemeinschaften) effektiv genutzt werden können, in denen die direkt gewählten Bürgermeister:innen allgemein in Ungnade gefallen sind. *Zweitens* eröffnet die Abhängigkeit kommunaler Entscheidungsspielräume von übergeordneten Skalen Angriffsflächen für populistische Institutionenkritik von rechts. In konkordanzdemokratischen kleinstädtischen Settings, in denen Bürgermeister:innen tendenziell eine geringe vertikale Integration und kommunale Wähler:innengemeinschaften eine hohe Präsenz aufweisen, ist solch eine Form der Kritik allerdings durch diese beiden Akteur:innen oftmals schon verstellt. Le-

diglich für den Aspekt des Verhandlungsprimats in konkordanzdemokratischen lokalen Settings lässt sich *drittens* festhalten, dass er sich tendenziell durchweg günstig für Populist:innen der radikalen Rechten auswirkt, indem er diese (sofern sie dazu fähig sind) in die Lage versetzt, sich durch die Integration in die kommunalen Gremien einerseits als mitgestaltende, außerhalb dieser aber andererseits weiterhin als fundamentaloppositionelle Kraft zu inszenieren. Hier können konkordanzdemokratische Settings der Kommunalpolitik als Experimentier- und Erprobungsarena für neue Koalitionen der populistischen radikalen Rechten gelten, was insbesondere in den eher konkordant geprägten ostdeutschen Kommunen bei tendenziell höheren AfD-Stimmanteilen von besonderer Brisanz ist.

Literatur

- Bathge, Thomas/Bogumil, Jörg/Ebinger, Falk/Fuhrmann, Tobias/Holtkamp, Lars/Seuberlich, Marc (2016): »Zur anhaltenden Varianz kommunaler Entscheidungsstrukturen in Deutschland«, in: Jörg Bogumil/Lars Holtkamp (Hg.): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 179-189.
- Bogaards, Matthijs (2020): »Militant Consociational Democracy: The Political Exclusion of the Extreme Right in Belgium«, in: Sandrine Baume/Stéphanie Novak (Hg.): Compromises in Democracy, Cham: Palgrave Macmillan, S. 175-200.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (Hg.) (2016): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland: Zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (2019): »Die Bürgerwut im Kreistag?«, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle 5, S. 1-15.
- Brubaker, Rogers (2017): »Why populism?«, in: Theory and Society 46 (5), S. 357-385.
- Domann, Valentin/Nuissl, Henning (2022): »Lokale Reartikulationen des Autoritären. Für eine skalensensible Analyse neurechter Politik »vor Ort««, in: Geographische Zeitschrift 1/22, S. 42-60.
- Domann, Valentin/Nuissl, Henning/Steinrücke, Elena (2021): »Jenseits der Metropolen. Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft. Abschlussbericht«, in: vhw-Schriftenreihe 19.
- Frölich-Steffen, Susanne (2006): »Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden«, in: Frank Decker (Hg.): Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches korrektiv?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 144-164.
- Gross, Martin/Jankowski, Michael (2020): »Lokale Wahlprogramme. Ein blinder Fleck der deutschen Kommunalpolitikforschung?«, in: Björn Egner/Detlef

- Sack (Hg.): *Neue Koalitionen – alte Probleme: Lokale Entscheidungsprozesse im Wandel*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 101-126.
- Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine (2018): *AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure*, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Holtkamp, Lars (2008): *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg (2016): »Ost- und westdeutsche Kommunen zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie«, in: Jörg Bogumil/Lars Holtkamp (Hg.): *Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 7-47.
- Jankowski, Michael/Juen, Christina-Marie/Tepe, Markus (2022): »The Impact of Anti-Establishment Parties on the Electoral Success of Independent Local Lists: Evidence from Germany«, in: *Party Politics* 28 (1), S. 127-136.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1995): »Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party«, in: *Party Politics* 1 (1), S. 5-28.
- Kost, Andreas (2017): »Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung in der Einwanderungsgesellschaft«, in: Christoph Bieber/Andreas Blätte/Karl-Rudolf Korte/Niko Switek (Hg.): *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS, S. 33-36.
- Krappidel, Adrienne (2016): *Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker: Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung von Wählergemeinschaften und Parteien*, Wiesbaden: Springer VS.
- Lehmbruch, Gerhard (1967): *Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Lijphart, Arend (1968): *The politics of accommodation: Pluralism and democracy in the Netherlands*, Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2018): »Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda«, in: *Comparative Political Studies* 51 (13), S. 1667-1693.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): »Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD– Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte«, in: *PRIF Report* 5.
- Naumann, Ingo (2012): *Wählergemeinschaften in einer Parteiendemokratie: Ihre Stellung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag.

- Nyhuis, Dominic (2016): »Partei oder Person? Parteispezifische Wahlmotive bei baden-württembergischen Kommunalwahlen«, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (3), S. 657-669.
- Papadopoulos, Yannis (2005): »Populism as the other side of consociational multi-level democracies«, in: Daniele Caramani/Yves Mény (Hg.): Challenges to consensual politics: Democracy, identity, and populist protest in the alpine region, Bern: PIE-Peter Lang, S. 71-81.
- Ruf, Florian/Wagschal, Uwe/Krummenauer, Eva (2019): »Wie tickt der Schultes? Politische Beteiligung aus Sicht der kommunalen Führungsspitze in Baden-Württemberg«, in: Baden-Württemberg Stiftung (Hg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation, Wiesbaden: Springer VS, S. 241-292.
- Rütters, Peter (2017): »Parlamentsfähig«? – Die Abgeordneten der AfD in den Landtagen und Bürgerschaften«, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (1), S. 3-24.
- Rydgren, Jens (2005): »Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family«, in: European Journal of Political Research 44 (3), S. 413-437.
- Skenderovic, Damir/D'Amato, Gianni (2008): Mit dem Fremden politisieren: Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren, Zürich: Chronos.
- Sonnenmoser, Eva/Wuketich, Marius (2017): »Konkurrenz versus Konsens in lokalen Entscheidungsprozessen«, in: Markus Tausendpfund/Angelika Vetter (Hg.): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 297-321.
- Stecker, Christian (2017): »Parteien und Fraktionsgeschlossenheit auf der kommunalen Ebene«, in: Markus Tausendpfund/Angelika Vetter (Hg.): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 323-348.
- Tausendpfund, Markus/Vetter, Angelika (Hg.) (2017): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden: Springer VS.
- Vetter, Angelika/Kuhn, Sebastian (2013): »(Nationale) Parteien in der lokalen Politik: Wandel oder Krise?«, in: Michael Haus/Sabine Kuhlmann (Hg.): Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 27-48.

